

## **Erklärung zum Jahrestreffen Offener Kanäle Berlin 1998**

Wir, die Mitglieder des Bundesverbandes Offene Kanäle e.V., erklären:

- Offene Kanäle sind von Bürgerinnen und Bürgern veranstaltetes lokales Radio oder regionales Fernsehen. Sie bilden neben dem öffentlich-rechtlichen und dem privat-wirtschaftlichen Rundfunk die dritte Säule des Rundfunksystems in Deutschland und werden ganz oder teilweise aus Rundfunkgebühren finanziert.
- Offene Kanäle sind Teil unserer demokratischen Kultur. Sie garantieren das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung in Radio und Fernsehen durch den freien und gleichberechtigten Zugang zu diesen Medien.
- Offene Kanäle schaffen Öffentlichkeit für Meinungen von Personen, Gruppen und Vereinigungen, die im sonstigen Medienangebot nicht vertreten sind. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für einen funktionierenden demokratischen Prozeß, der von dem Austausch von Argumenten, der ständigen öffentlichen Auseinandersetzung und dem Kampf um Meinungen in der Öffentlichkeit lebt.
- Offene Kanäle vermitteln Medienkompetenz. Sie schaffen dadurch die Voraussetzung für einen kritischen und selbstbestimmten Umgang mit den Medien, die in zunehmendem und teilweise bedenklichen Maße die Entwicklung unserer Gesellschaft beeinflussen.
- Offene Kanäle sind Orte lokaler Kommunikation. Sie geben Impulse für soziale und kulturelle Aktivitäten und fördern die Integration unterschiedlichster Gruppen in ein demokratisches Gemeinwesen.
- Offene Kanäle unterstützen und handeln solidarisch mit nicht-kommerziellen Initiativen und Organisationen im In- und Ausland, die die Menschenrechte auf Kommunikations-, Informations- und Meinungsfreiheit verteidigen und weiterentwickeln.
- Offene Kanäle fordern, daß bei der bevorstehenden Digitalisierung der Verbreitungswege die lokale und unentgeltliche Heranführung und Einspeisung ihrer Programme gewährleistet wird, daß sie Bestandteil der lokalen bzw. regionalen Programmbouquets werden und an den Pilot- und Modellprojekten teilnehmen.
- Offene Kanäle appellieren an die Länderparlamente, die rechtlichen Voraussetzungen für eine Bestands- und Entwicklungsgarantie zu schaffen, die es ermöglicht, die erfolgreiche Arbeit von über zehn Jahren in nunmehr über 60 Kommunen fortzuführen und weiterzuentwickeln. Diese Arbeit wird in der Zunahme antidemokratischer Tendenzen in unserer Gesellschaft immer bedeutsamer.